

21. Januar 2020

Feierliche Einbürgerung im Rathaus mit 400 Gästen

„Wir sind froh darüber, dass Deutschland für die neuen Bürgerinnen und Bürger offenbar sehr viel mehr ist, als nur ein Ort zum Arbeiten“, sprach Innensenator Ulrich Mäurer zu den 136 Ehrengästen in der Oberen Rathaushalle, die erst im Laufe des vergangenen Jahres die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Menschen, die sich für die Einbürgerung entschieden, zeigten den Willen, ihre Zukunft in dem Land zu gestalten, in dem sie zukünftig leben wollen. Sie drückten damit Zuversicht aus und das Vertrauen, in diesem Land eine gute Zukunft zu finden. Mäurer: „Diese Zuversicht können wir alle gut gebrauchen.“ Im Rahmen der Feierlichkeiten übergab der Senator zehn Erwachsenen und drei Kindern ihre Einbürgerungsurkunden.

Seit Beginn der Einbürgerungskampagne Ende 2018 steigt die Zahl der Bremerinnen und Bremer, die einen deutschen Pass beantragen. 2.003 Bremerinnen und Bremer haben im vergangenen Jahr den Antrag auf einen deutschen Pass gestellt - das sind 31,3 Prozent mehr als 2018 mit 1.525 Anträgen. In der Senats-Kampagne kooperieren der Senator für Inneres, das Migrationsamt, der Bremer Rat für Integration und das Referat „Integration“ bei der Senatorin für Soziales. Seit Ende 2018 versendet das Migrationsamt Anschreiben des Bürgermeisters und der Bürgermeisterin. Monat für Monat erreichen diese Schreiben rund 1.000 Ausländerinnen und Ausländer in Bremen.

„Unsere Gesellschaft braucht Menschen, die sich aktiv einbringen, die sich für ein solidarisches und gerechtes Miteinander einsetzen, und die daran mitarbeiten wollen, dass sich Bremen gut entwickelt“, sagte Integrationsministerin Anja Stahmann.

Im vergangenen Jahr haben in Bremen Menschen aus 98 Ländern die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen. Die Hauptherkunftsländer waren Türkei (248), Großbritannien (185), Iran (93), Polen (80) und Syrien (75).

Ansprechpartner beim Bremer Rat für Integration für Bremerinnen und Bremer, die sich für die Einbürgerung interessieren, ist Mazlum Yalçın, 361-16849, einbuengerungslotsen@migration-bremen.de.

Einbürgerungsanträge können bei der Staatsangehörigkeitsbehörde im Migrationsamt Bremen, (Stresemannstraße 48), 361-88670, einbuengerung@migrationsamt.de gestellt werden.

22. Januar 2020

Neubau für Freiwillige Feuerwehr Farge

"Für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger leisten die Freiwilligen Feuerwehren in Bremen einen wichtigen Beitrag", erklärte Innensenator Ulrich Mäurer bei der gestrigen Grundsteinlegung des neuen Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr in Farge. Daneben nähmen die Freiwilligen Wehren zugleich gesellschaftliche Funktionen in ihren Ortsteilen wahr und leisteten mit ihren Jugendfeuerwehren wertvolle Jugendarbeit. "Gute Arbeit erfordert auch gute Arbeitsbedingungen, daher ist der Neubau in Bremen-Farge dringend erforderlich", bekräftigte Mäurer die Entscheidung für das Millionenprojekt.

Im nächsten Jahr wird hier das neu entwickelte Hygienekonzept umgesetzt und verdreckte sowie kontaminierte Einsatzkleidung von der Privatkleidung der Feuerwehrleute getrennt werden. Das neue Gebäude erhält eine EDV-Ausstattung und wird ausreichend Platz bieten für die Fahrzeuge. Auch die Polizei wird in den Neubau einziehen. Dort wird der Farger Kontaktpolizist sein Büro haben. Die Fertigstellung des Neubaus ist zum Jahreswechsel vorgesehen.

2. Februar 2020

Kooperationsvereinbarung mit Yad Vashem

Am heutigen Sonntag unterzeichnete Lutz Müller, Präsident der Polizei Bremen, in Vertretung von Innensenator Ulrich Mäurer gemeinsam mit Richelle Budd Caplan, Direktorin für Internationale Beziehungen und Projekte der International School for Holocaust Studies in Yad Vashem eine Kooperationsvereinbarung in der Gedenkstätte Yad Vashem (Jerusalem). „Ziel ist es“, erklärt Mäurer, „die eigene Rolle und das Selbstverständnis der Polizei im historischen Kontext zu reflektieren, Wertorientierung und interkulturelle Kompetenz sowie eine klare Haltung gegen Antisemitismus, Extremismus und Diskriminierung zu stärken.“

Polizeipräsident Müller: "Es gab Zeiten in Deutschland, in denen die Polizei nicht Unrecht bekämpfte, sondern sich selbst an furchtbarsten Verbrechen beteiligte. Eine dunkle Zeit, in der Polizeibeamte zu Tätern wurden und sich jüdische Männer, Frauen und Kinder fürchten mussten, wenn Polizeibeamte vor ihrer Wohnungstür standen. Für die Polizei von heute gilt es aber, eine absolut klare Haltung gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung einzunehmen.“ Es sei den Bremer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eine große Ehre und Verpflichtung zugleich, in Yad Vashem willkommen geheißen zu werden.

Die internationale Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem kooperiert mit allen Bundesländern, um der Folgen der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust zu gedenken und um zur vertieften Auseinandersetzung mit dem Holocaust, dem Nationalsozialismus und seinen Folgen beizutragen. Zu diesem Zweck wurde bereits am 22. November 2018 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Yad Vashem und der Bremer Bildungssenatorin Claudia Bogedan zur Fortbildung von Lehrkräften unterzeichnet. Am 27. Februar 2019 beschloss die Bremische Bürgerschaft, die Kooperationsvereinbarung auf weitere Berufsgruppen auszuweiten.

Innensenator Ulrich Mäurer bat daraufhin den Studiengang Polizeivollzugsdienst an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung (HfÖV), eine ähnliche Kooperation mit Yad Vashem zu prüfen. Daraufhin hat man sich zusammen mit der International School for Holocaust Studies in Jerusalem darauf geeinigt, gemeinsame Studienmaterialien zu erstellen für Studierende des Polizeivollzugsdienstes. Teil des Vertrags ist außerdem die Durchführung einer einwöchigen Studienfahrt einer Gruppe von Studierenden des Bachelorstudiengangs Polizeivollzugsdienst im 1. Quartal eines jeden Jahres nach Yad Vashem. Vom 01. bis 09. Februar 2020 nehmen erstmals 18 Polizeianwärterinnen und -anwärter sowie vier Lehrkräfte der HfÖV an dieser Studienfahrt teil. Im Rahmen dieser ersten Reise erfolgte die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung.

5. Februar 2020

Spendenübergabe der ÖVB Versicherungen an die Feuerwehr Bremen

Zuwendung in Höhe von 27.000 Euro für fünf Wasserwerfer

Im Beisein von Innensenator Ulrich Mäurer und dem Leiter der Feuerwehr Bremen, Karl-Heinz Knorr, übergab der Regionaldirektor der ÖVB Rüdiger Meyer am heutigen Mittwoch die Jahreszuwendung in Höhe von 27.000 Euro. Mit dieser Spende wird die Anschaffung von fünf Wasserwerfern vom Typ „Blitzfire HE“ ermöglicht. Diese Modelle mit besonderer Standfestigkeit und ausgerüstet mit einem Sicherheitsventil werden ältere ersetzen und so vor allem die Sicherheit der Rettungskräfte erhöhen, die diese Geräte beim Einsatz bedienen.

Die Zuwendungen haben eine lange Tradition: Schon 1937 überwies die damalige Feuerversicherungsanstalt der Hansestadt Bremen 3.762 Reichsmark zur „Verstärkung des Feuerschutzes im Hafengebiet“ an die Feuerwehr Bremen. Die Zuwendung an die Feuerwehr Bremen zur Unterstützung bei der Schadenverhütung und Feuersicherheit in Bremen erfolgt seither jährlich.

11. Februar 2020

11.2. - Europaweiter Tag des Notrufs "112"

Heute spricht die Feuerwehr von einem Twittergewitter, denn bundesweit twittern von 8 bis 20 Uhr die Berufsfeuerwehren von dem Alltag in der Leitstelle, im Rettungsdienst und bei Feuerwehreinsätzen. Ziel dieser Aktion ist es, die einheitliche Notrufnummer bekannter zu machen, sie gilt in ganz Europa.

Auch die Feuerwehr Bremen ist unter @FeuerwehrHB dabei und wird laufend über ihre Arbeit informieren. Rund 240 Einsätze fährt die Feuerwehr- und Rettungsstelle Bremen täglich und nimmt jeden Tag etwa 400 Anrufe an.

Entschlossenes Vorgehen gegen rechten Terrorismus

Fokus auf den Kreis potenziell gefährlicher Personen wird erweitert / Innensenator Mäurer kündigt Einrichtung einer behördenübergreifenden Task Force sowie der SOKO „Rechtsextremismus“ bei der Polizei Bremen und der Analyseeinheit „Hass und Hetze“ beim Landesamt für Verfassungsschutz an

Das Attentat in Hanau am 19. Februar, bei dem der rassistisch motivierte Attentäter Tobias R. zehn Menschen tötete und fünf Personen verletzte, ist der dritte rassistisch motivierte Terroranschlag in Deutschland innerhalb von nur neun Monaten. Weitere zu befürchtende Anschläge konnten vermutlich nur durch die Festnahme einer Terrorzelle in mehreren Bundesländern Mitte Februar vereitelt werden.

„Die Vorfälle verdeutlichen, vor welchen großen Herausforderungen die Sicherheitsbehörden im Bund und in den Ländern stehen“, betont Innensenator Ulrich Mäurer. Zumal die Attentäter in Halle und Hanau Polizei und Verfassungsschutz zuvor nicht bekannt waren. Mäurer: „Wir müssen daher zwingend unseren Blickwinkel erweitern auf Personen, die den Sicherheitsbehörden bis dato noch unbekannt sind, die zum Beispiel aber psychisch auffällig sind und sich rechtsextremistisch radikalisiert haben. Diese potenzielle Gefahr verschärft sich weiter, wenn diese Personen auch noch Zugang zu Waffen haben.“ Die neuen Täterprofile seien andere als noch vor einem Jahr. Um das Dunkelfeld rechtzeitig zu erhellen, sei auch die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts notwendig.“

Gemeinsam mit Polizeipräsident Lutz Müller hat Mäurer die Einrichtung der „Sonderkommission Rechtsextremismus“ im Landeskriminalamt vereinbart. Innensenator Mäurer: „Wir müssen jetzt die Lehren ziehen aus den verabscheuenswürdigen, rechtsterroristischen Anschlägen der vergangenen Monate, um Gefahren für die Menschen in Bremen und Bremerhaven abzuwenden.“ Die SOKO, in der bereits vorhandene Beschäftigte und neu einzustellende Ermittler bzw. Analysten konzentriert werden sollen, wird den Informationsaustausch mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder verstärken. Der Schwerpunkt liegt insbesondere in der personenorientierten Aufklärungs- und Ermittlungsarbeit. Die Zusammenarbeit mit der Ortpolizeibehörde Bremerhaven läuft in enger Abstimmung koordiniert vom Landeskriminalamt Bremen.

Beim Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) wird parallel dazu die „Analyseeinheit Hass und Hetze“ ausgebaut, die sich unter anderem mit den über 180 bekannten Bremer Rechtsextremisten und 130 sogenannten „Reichsbürgern“ in Bremen und Bremerhaven gezielt befassen wird. Die Aufklärung von Hass und Hetze im Internet wird mit einem höheren Personaleinsatz und neuen Analyseinstrumenten ausgeweitet. So gibt es Hunderte von Foren, in denen sich Rechtsextremisten untereinander austauschen. „Klar ist, dass wir die Zivilgesellschaft an unserer Seite brauchen und auch weiterhin auf Hinweise angewiesen sind“, so Dierk Schittkowski, Chef des Bremer Landesamtes für Verfassungsschutz.

Für die neuen Formen der intensivierten Aufgabenwahrnehmung werden neben den bereits eingesetzten Fachleuten kurzfristig fünf zusätzliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für das LfV und die Polizei Bremen eingestellt. Die weitere Entwicklung muss noch beraten werden.

Über die beiden Arbeitsbereiche hinaus wird beim Senator für Inneres eine behördenübergreifende „Task Force rechten Terror in Bremen verhindern“ eingerichtet, an der neben den Polizeien und dem Verfassungsschutz all relevanten Ressorts beteiligt werden. In der Task Force sollen die beteiligten Institutionen und Behörden im Rahmen ihrer originären Zuständigkeit und unter Beachtung der

bestehenden Regelungen eng zusammenarbeiten. So soll eine unverzügliche Überprüfung der waffenrechtlichen Erlaubnisse von Personen gewährleistet werden, die durch ihr Verhalten oder ihre Äußerungen in sozialen Netzwerken zuvor auffällig geworden sind. Polizeipräsident Müller: „Es müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen, um eine Radikalisierung von Personen frühestmöglich zu erkennen.“

Der Senator für Inneres wird dem Senat und den parlamentarischen Gremien laufend über die Arbeit berichten.

Parallel zu diesen Maßnahmen für Bremen befinden sich die Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder in einem intensiven Austausch auch darüber, ob rechtliche Bestimmungen, z.B. für die Anbieter sozialer Netzwerke, im Waffenrecht oder zum effektiveren Austausch von Daten vonnöten sind.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus stellt seit Jahren einen Schwerpunkt der Bremer Sicherheitsbehörden dar. So gehörte das LfV Bremen zu den ersten Verfassungsschutzbehörden im Bund, das die „Identitäre Bewegung“ 2012 als rechtsextremistische Gruppierung einstufte. Auch als es 2018 die Jugendorganisation der AFD, die Junge Alternative, als Beobachtungsobjekt einstufte, nahm das LfV bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Zuletzt gelang es dem Senator für Inneres im November vergangenen Jahres, ein Vereinsverbot gegen die rechtsextremistische Gruppierung „Phalanx 18“ zu erlassen.

Die Polizei Bremen hat ein Hinweisportal geschaltet, das telefonisch zu erreichen ist unter 0421 362 3888 oder per E-Mail unter soko.rex@polizei.bremen.de.

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat ein vertrauliches Hinweistelefon eingerichtet unter 0421 5377 250.

4. März 2020

Bronze, Silber, Gold - Jahressportlerehrung der Polizei Bremen

Die jährlichen Deutschen Polizeimeisterschaften dienen dem sportlichen Wettkampf. Der sportliche Leistungsvergleich gehört national wie international zum Selbstverständnis der Polizei und hat Tradition. Innensenator Ulrich Mäurer: "Obwohl die Polizei Bremen keine Spitzensportförderung betreibt wie andere Bundesländer, gelingt es regelmäßig, beachtliche Erfolge zu erzielen und damit Anerkennung bei den Polizeien der Länder und des Bundes zu erreichen."

Für ihre besonderen Leistungen im Jahr 2019 wurden die Bremer Polizistinnen und Polizisten heute im Rathaus ausgezeichnet. Die Frauen standen im vergangenen Jahr vor allem in den Disziplinen Leichtathletik, Ju Jutsu und in dem neuen Wettkampfsport "Ne Waza" weit vorn. Die Männer wurden geehrt für ihre besonderen Leistungen in Ju Jutsu, Mittelstrecke und Leichtathletik.

Eine Sonderehrung erhielt ein Polizeibeamter für seine Leistungen im Hyrox, einem Fitness-Wettkampf, bei dem acht Ein-Kilometer-Läufe im Wechsel mit acht Workouts bewältigt werden müssen. Hier belegte er in der "Pro-Klasse" den fünften und in seiner Altersklasse den zweiten Platz.

Ein weiteres sportliches Highlight im vergangenen Jahr war die 8. Deutsche Polizeimeisterschaft im Marathon. Diese Meisterschaft wurde im Rahmen des SWB Marathons in Bremen ausgetragen. Die 89 Läuferinnen und Läufer der Polizei belegten alle Spitzenplätze. Mit diesem ausgezeichneten Ergebnis hatte vorher niemand gerechnet.

11. Juni 2020

"Zertrümmerte Fensterscheiben bringen Debatte keinen Millimeter voran"

Innensenator Ulrich Mäurer hat die Sachbeschädigung am Haus der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in der Bürgermeister-Smidt-Straße in der Nacht zum heutigen Donnerstag verurteilt: „Mit Kritik und sachlichen Argumenten in diesem weiten Themenfeld Rassismus kann und wird sich die Polizei, aber auch die Innenbehörde jederzeit auseinandersetzen. Zertrümmerte Fensterscheiben und platte Vergleiche zu brutalen Polizeimethoden in den USA bringen die Debatte aber keinen Millimeter voran. Die Bremer Polizistinnen und Polizisten werden in die Rolle von Mittätern gedrängt, in die sie nicht gehören. Im Gegenteil: Die auch bei uns bekannt gewordenen Videos zu Polizeigewalt in amerikanischen Großstädten macht nicht nur viele Bürgerinnen und Bürger fassungslos, sondern auch Bremer Polizistinnen und Polizisten.“

Die Deeskalation in schwierigen Situationen sei in vielen Fällen Ziel polizeilichen Handelns und ein großer Bestandteil der dreijährigen Polizei-Ausbildung. So sei das Wort weiterhin das wichtigste Einsatzmittel auf der Straße. In Aus- und Fortbildung werde die Themen "Racial Profiling" und Rassismus zudem immer wieder aufgegriffen und vertieft. Mäurer: „Der Stelle eines unabhängigen Polizeibeauftragten stehen wir zudem offen gegenüber und verstehen sie als sinnvolle Ergänzung zu den 'Internen Ermittlern' bei der Innenbehörde, die immer bei Vorwürfen gegen Polizeikräfte zum Einsatz kommen.“ Mäurer betont: „Rassismus kann uns überall begegnen. Selbstverständlich in Einzelfällen auch bei der Polizei. Was dann weiterhilft, sind Anzeigen oder Hinweise, aber keine Steinwürfe.“

19. Juni 2020

IMK-Beschluss zur Aufnahme von kranken Flüchtlingskindern und Minderjährigen

Senator Ulrich Mäurer zeigt sich über Ergebnis auf der Innenministerkonferenz erleichtert

Gemeinsam mit Thüringen und dem Land Berlin ist das Land Bremen auf der bis heute tagenden Innenministerkonferenz (IMK) in Erfurt für ein vom Bund unabhängiges Landesaufnahmeprogramm für unbegleitete Minderjährige sowie kranke Kinder und deren Familien eingetreten. "Der Bundesinnenminister hat auf der IMK zugesagt, zeitnah 243 Kinder mit ihren Angehörigen aufzunehmen", zeigte sich Innensenator Ulrich Mäurer erleichtert und erfreut zugleich.

Die Gruppe, zu der neben den Eltern erkrankter Kinder auch deren Geschwister gehörten, umfasse bis zu 900 Menschen. Auf der IMK habe sich gezeigt, dass es eine Vielzahl von Bundesländern gebe, die über den normalen Verteilschlüssel des sogenannten Königsteiner Schlüssels hinaus zur Aufnahme bereit gewesen seien. Bremen habe daraufhin mit Berlin und Thüringen auf den von den drei Ländern initiierten Vorstoß, ein eigenes Landesaufnahmeprogramm zu erreichen, verzichtet. Mäurer: "Am Ende zählt das Ergebnis und keine Begrifflichkeit." Die ersten Kinder und Minderjährigen werden noch im Juli in Deutschland erwartet. Wie viele von ihnen nach Bremen kommen, steht heute noch nicht fest. "Darüber werden wir uns zeitnah mit den aufnahmewilligen Ländern beraten", so Mäurer. Mit den Koalitionären solle zudem besprochen werden, ob Bremen künftig darüber hinaus an einem eigenen Landesaufnahmeprogramm festhalten wolle.

Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2019

Innensenator Ulrich Mäurer: „Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind derzeit die größte Herausforderung für Verfassungsschutz und Sicherheitsbehörden“

Seit letztem Juni erschütterten gleich drei rechtsterroristische Anschläge die Bundesrepublik. Die rassistisch und antisemitisch begründeten Taten in Halle mit 2 Toten und 2 Verletzten, in Hanau mit 10 Toten und 5 Verletzten sowie die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten, Walter Lübcke, rücken das sich bereits in den letzten Jahren abzeichnende steigende rechtsextremistische Bedrohungspotenzial in den Fokus der Sicherheitsbehörden. Die Gefahr durch Einzeltäter, die sich insbesondere im virtuellen Raum radikalieren, stellt die Gesellschaft vor neue Herausforderungen.

In seiner Funktion als „Frühwarnsystem“ hat das LfV die Aufgabe, offene und verdeckte antidemokratische Positionen und Akteure zu identifizieren und Gefahren aufzuzeigen. In diesem Sinne nahm das LfV in den vergangenen Jahren bei der Aufklärung der geistigen Brandstifter der sogenannten „Neuen Rechten“ bundesweit eine Vorreiterrolle ein und machte durch die frühzeitige Beobachtung der „Jungen Alternative“ sowie der „Identitären Bewegung“ deutlich, dass Hass und Hetze von Rechtsextremisten mit unseren demokratischen Werten nicht vereinbar sind. So wurde im November 2019 auch die rechtsextremistische Bremer Gruppierung „Phalanx 18“ verboten und aufgelöst.

„Bei der Identifizierung und Erfassung des rechtsextremistischen Bedrohungspotenzials ist das LfV aber auch immer wieder auf die Mitwirkung der Öffentlichkeit angewiesen“, erklärte Schittkowski. Über das Hinweistelefon (0421 / 5377 250) können sich Bürgerinnen und Bürger mit Hinweisen auf rechtsextremistische Aktivitäten bereits seit einigen Monaten direkt an das LfV wenden.

Die von gewaltorientierten Linksextremisten begangenen Brandanschläge und Sachbeschädigungen richteten sich größtenteils gegen Immobilien- und Wohnungsunternehmen. „Mit wachsender Sorge beobachte ich, dass die Hemmschwelle zur Begehung schwerer Gewalttaten immer weiter abnimmt und inzwischen auch Verletzungen oder der Tod von Menschen in Kauf genommen werden“, so Mäurer. Mit mehreren Anschlägen auf Polizeireviere zeigten gewaltorientierte Linksextremisten deutlich ihre Ablehnung des Rechtsstaates und des staatlichen Gewaltmonopols. In den vergangenen Monaten setzt diese Serie der Taten fort. „Hierbei werden Polizistinnen und Polizisten in bestimmten sozialen Medien als Rassisten diffamiert“, kritisiert Mäurer.

Die Gefährdung Deutschlands durch den Islamismus ist im Jahr 2019 konstant hoch geblieben. So gab es diverse Festnahmen und Gerichtsverfahren gegen Personen aus dem islamistisch-terroristischen Spektrum. Obwohl die Krisengebiete in Syrien und dem Irak im Jahr 2019 aufgrund der fortgesetzten Zurückdrängung des sog. „IS“ für jihadistische Salafisten aus Deutschland zunehmend an Bedeutung verloren, finden ausreisewillige Jihadisten trotzdem Anschlussmöglichkeiten bei „al-Qaida“ nahestehenden Gruppierungen. Aus Bremen versuchte 2019 eine Person, in das Krisengebiet auszureisen.

Die Problematik der Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus den „Jihad“-Gebieten stellt aktuell eine große Herausforderung für den Verfassungsschutz dar. „Diese Personen haben ausnahmslos mit den terroristischen Gruppierungen und Organisationen sympathisiert und diese teilweise auch unterstützt“, so Schittkowski. Sie seien häufig an Waffen ausgebildet und brandgefährlich.

Im Jahr 2019 ist zudem die Anhängerzahl der Salafisten erneut geringfügig gestiegen. Neben den jihadistischen Kämpfern gibt es auch demokratiefeindliche Strömungen, die die Spaltung der

Gesellschaft zum Ziel haben. Schittkowski: „Aus diesem Grunde nehmen wir nach wie vor auch das nicht militante Spektrum des Islamismus in den Blick“.

Im Bereich des Ausländerextremismus spiegelten sich die Geschehnisse in der Türkei und in Syrien im vergangenen Jahr in Deutschland durch ein verstärktes Demonstrationsgeschehen und eine gesteigerte Emotionalisierung der Anhänger der verschiedenen Ausländerorganisationen wider. Bundesweit fanden in diesem Zusammenhang mehr als 780 Protestveranstaltungen statt, davon über 50 im Land Bremen.

Mäurer: „Um die genannten Entwicklungen in den verschiedenen Bereichen rechtzeitig zu erkennen, ist die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz unverzichtbar. Im Islamismus und in abgestufter Form auch im Linksextremismus ist ein erhebliches Gewaltpotenzial vorhanden. Die vergangenen Jahre haben zudem gezeigt, dass wir der immer größer werdenden Gefahr durch den gewaltbereiten Rechtsextremismus mehr entgegenzusetzen müssen. Eine personelle Verstärkung des LfV im Bereich des Rechtsextremismus Anfang des Jahres war daher absolut notwendig.“

In Bremen gab es im vergangenen Jahr insgesamt 134 Straftaten (2018: 152, 2017: 110, 2016: 122 und 2015: 126) politisch motivierter Kriminalität von rechts, davon 3 Gewalttaten. (2018: 4, 2017: 4, 2016: 13 und 2015: 6).

Die politisch motivierte Kriminalität von links zählte in Bremen 127 Straftaten in 2019 (2018: 119, 2017: 126, 2016: 70 und 2015: 88). Darunter waren 22 Gewaltdelikte (2018: 15, 2017: 11, 2016: 14 und 2015: 7).

Die politisch motivierte Ausländerkriminalität zählte 10 Straftaten in 2019 (2018: 29, 2017: 23, 2016: 52, 2015 34) darunter 3 Gewaltdelikte (2018: 5, 2017: 1, 2016: 13, 2015: 2).

In Bremen wurden im vergangenen Jahr 4 antisemitische Straftaten verübt (2018: 15, 2017: 17, 2016: 6, 2015: 8)

10. August 2020

"Wohnungsaufsichtsgesetz ist starkes Instrument gegen prekäre Wohnverhältnisse"

Wohnungsaufsicht nimmt Eigentümerin der Wohnungen in der Neuwieder Straße 3 in die Pflicht

Nachdem der Innensenator im Juli 2020 vom Senat die Verantwortung für die Aufgabe der Wohnungsaufsicht übertragen bekommen hat, wird nun die erste Wohnungsgesellschaft in die Pflicht genommen. An der Wohnimmobilie Neuwieder Straße 3 haben sich in den vergangenen Wochen erhebliche Mängel gezeigt. Bei einer Ortsbesichtigung am 29. Juli 2020 stellte das Ordnungsamt u.a. folgende Mängel fest, die auch in einer Bewohnerversammlung am 5. August 2020 vorgetragen wurden:

- defekte Heizungsanlage und defekte Warmwasserversorgung im gesamten Gebäude,
- dadurch eingeschränkte Nutzbarkeit der sanitären Einrichtungen,
- beschädigte asbesthaltige Außenfassade.

Das zuständige Ordnungsamt wird nunmehr die Eigentümerin auffordern, die Mängel bis zum Monatsende zu beseitigen. Andernfalls droht zunächst eine Anordnung und ein Zwangsgeld, im äußersten Fall eine teilweise Unbewohnbarkeitserklärung, die zur Folge hätte, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern unverzüglich alternative Wohnangebote gemacht werden müssten. Diese Situation gilt es aber im Interesse der dort lebenden Menschen unbedingt zu vermeiden. Parallel hierzu wird das Sozialressort weitere Wohnungszuweisungen stoppen, um eine Überbelegung zu vermeiden. Auch eine Rückerstattung der bisherigen Mietzahlungen wird geprüft.

Innensenator Ulrich Mäurer: "Wir werden das Bremische Wohnungsaufsichtsgesetz als starkes Instrument nutzen, um die Wohnverhältnisse in prekären Wohnanlagen durch unmissverständliche Aufforderungen an die Vermieter zu verbessern. Wir werden auf dieser Grundlage den vielen Hinweisen aus den Ortsämtern und aus anderen Behörden nachgehen, um Schritt für Schritt Verbesserungen zu erzielen".

Das Wohnungsaufsichtsgesetz (WAG) wird angewendet, um gegen Verwahrlosung und Missstände vorzugehen oder wenn eine konkrete Gefährdung gesunder Wohnverhältnisse besteht. Die Zielsetzung ist u.a. eine menschenwürdige Wohnnutzung und der Quartierschutz, falls verwahrloste Häuser eine negative Ausstrahlung für die Umgebung haben. Es ermöglicht ein präventives Einschreiten unterhalb einer Gefahrenlage und bei Anzeichen von Verwahrlosung.

Seit August ist beim Ordnungsamt eine spezielle Koordinierungsstelle für die Anwendung des Wohnungsaufsichtsgesetzes eingerichtet. Schon im vergangenen Jahr wurde auf Initiative des Ordnungsamtes zusammen mit weiteren Ressorts und Ämtern damit begonnen, auf Grundlage des WAG in bestimmten Stadtteilen verwahrloste Wohnhäuser umfassend zu überprüfen. In mehreren Fällen haben die Kontrollen zu einer deutlichen Verbesserung der Wohnverhältnisse geführt. Die Verbesserungen betrafen insbesondere Vermüllung, den Brandschutz, die Beendigung rechtswidriger Wohnverhältnisse und die Aufdeckung von Mietbetrug.

Beteiligte Behörden sind u.a. die Bauaufsicht, die Feuerwehr, die Meldebehörde, das Jobcenter, die Energieversorger, sowie das Umwelt-, das Sozial- und das Gesundheitsressort.

21. September 2020

Senatsmedaille für Bremer Lebensretter

Am Nachmittag des 14. Juli 2020 rettete Michael Hirth einen 67-jährigen Mann aus der Weser. Der 28-Jährige war gerade mit einem Fahrschulboot unterwegs und wurde zufällig auf die Situation aufmerksam. Als er den immer wieder untertauchenden Mann sah, sprang er kurzerhand ins Wasser und konnte die regungslose Person vor dem Ertrinken retten. Herr Hirth brachte den stark geschwächten Mann sicher an Land und blieb bei ihm bis zum Eintreffen der Polizei- und Rettungskräfte.

Ulrich Mäurer: "Michael Hirth hat mit seinem couragierten und geistesgegenwärtigen Handeln in dieser unberechenbaren Situation ein außerordentliches Maß an Hilfsbereitschaft und Entschlossenheit gezeigt."

Die letzte Senatsauszeichnung durch eine Rettungsmedaille war im Jahr 2014.

30. September 2020

Zwei Ereignisse für die Bremer Polizei in einer Woche

Zeugnisübergabe für 136 neue Polizeikommissarinnen und -kommissare / 125 Anwärtinnen und Anwärter starten am 1. Oktober

Nach erfolgreichem Abschluss ihrer dreijährigen Ausbildung haben heute 136 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ihr Zeugnis erhalten und durften sich über ihre Ernennung zur Polizeikommissarin und zum Polizeikommissar freuen. 106 von ihnen werden ab sofort die Polizei Bremen und 30 die Ortspolizeibehörde Bremerhaven verstärken.

In diesem Jahr richteten die Polizei Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven die feierliche Übergabe aus, weil die traditionelle große Feier in der Oberen Rathaushalle leider aus Gründen des Infektionsschutzes abgesagt werden musste. Innensenator Ulrich Mäurer: „Es ist es mir daher ein umso größeres Anliegen, den neuen Polizistinnen und Polizisten meine Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. Ich werde mich weiterhin mit Nachdruck für die Sicherheit und Gesundheit der Polizei einsetzen.“

Die 44 Frauen und 92 Männer, von denen ein Teil familiäre Wurzeln in der Türkei, Russland, Belarus, Polen, Bosnien, Kasachstan, Indonesien, Griechenland, Kroatien und Portugal hat, hatten im Oktober 2017 ihr Studium an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung begonnen. Mäurer: „Von heute an werden sie gut vorbereitet und gut ausgebildet unsere beiden Städte ein ganzes Stück sicherer machen.“

Der personelle Ausbau der Polizei geht weiter: Der neue Ausbildungsjahrgang beginnt am 1. Oktober 2020. Insgesamt gab es 1583 Bewerbungen. Die Wahl fiel auf 125, darunter 54 Frauen. Mäurer an die Polizeikommissar-Anwärtinnen und -Anwärter: „Ihnen allen meinen Glückwunsch. Nun liegen drei anspruchsvolle Jahre vor Ihnen. Dabei sind Ihr Teamgeist und Ihre Einsatzfreude gefragt.“ Im Rahmen eines zweiten Einstellungstermins wird im kommenden April erstmalig der zweite Teil des Einstellungsjahrgangs ernannt: 75 weitere Anwärtinnen und Anwärter werden dann den Jahrgang auf insgesamt 200 vervollständigen. Innensenator Mäurer kündigte an, dass es auch in den kommenden Jahren bei diesen hohen Einstellungszahlen für die Bremer und Bremerhavener Polizei bleiben werde.

Vor dem Hintergrund der Pandemie wurde die Vereidigungszeremonie des neuen Jahrgangs auf voraussichtlich Frühjahr 2021 verschoben.

30. Oktober 2020

"Ich trage Maske aus Verantwortung für uns alle"

„Bremen ist eine bunte, weltoffene, interkulturelle und menschenfreundliche Stadt. Darauf sind wir stolz. Und tragen da, wo es Not tut, Maske. Selbstverständlich!“

Diese und andere neue Slogans werben für das Tragen von Mund-Nasen-Schutz. Das Theater Bremen hat dazu insgesamt acht Plakatmotive entworfen.

Innensenator Ulrich Mäurer führt aus: „Das Tragen von textilen Masken ist ein wichtiger Beitrag, die weitere Ausbreitung der Pandemie zu stoppen und zudem sehr leicht umzusetzen.“ Gleichzeitig erinnert Senator Mäurer daran, dass in Bremen in einer Reihe von Gebieten wie Teilen der Innenstadt, vor dem Hauptbahnhof, am Vegesacker Bahnhof und im Viertel das Tragen von Masken vorgeschrieben sei. Wer dagegen verstoße, müsse mit einem Bußgeld rechnen – und so lautet einer der Slogans auf den Plakaten konsequenterweise: „Danke, dass Sie eine Maske tragen! Damit helfen Sie, Leben zu retten und vermeiden Bußgeld!“

Die Senatoren für Kultur und Inneres und das Theater Bremen rufen die Bevölkerung, aber auch die Wirtschaft dazu auf, die Motive auszudrucken und an geeigneten Stellen aufzuhängen.

25. November 2020

"Bremen sagt NEIN zu Gewalt gegen Frauen"

Mit einer Aktion der Bremischen Bürgerschaft am heutigen 25. Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen zeigen bremische Behörden sprichwörtlich Flagge: Zu Sonnenaufgang um 8:07 Uhr wurde am Haus der Bürgerschaft sowie am Rathaus die Flagge mit der Aufschrift „Bremen sagt Nein zu Gewalt gegen Frauen“ gehisst - auch vor der Innenbehörde. Damit setzt auch Innensenator Ulrich Mäurer ein Zeichen gegen körperliche und seelische Verletzungen von Mädchen und Frauen.

Nach einem Beschluss der UN-Vollversammlung im Jahr 1999 wird jedes Jahr am 25. November weltweit aufmerksam gemacht auf Themen wie Zwangsprostitution, sexuelle Gewalt und häusliche Gewalt.

Es gibt eine kostenlose Telefonhotline 08000 116 016, die bundesweit rund um die Uhr erreichbar ist. Mehr Informationen auch unter www.hilfetelefon.de.